

Diskussion

Klaus Schönhoven

Die während der Weimarer Republik als agrarische, industrielle oder gewerkschaftliche Interessenverbände agierenden Produzenten- und Konsumentengruppen wiesen erhebliche Binnendifferenzierungen auf, verfolgten verschiedene politische Optionen und konnten unterschiedliche Bündnisse eingehen. Allerdings muß man betonen, daß die Achse zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die mit der Zentralarbeitsgemeinschaft im November 1918 gebildet worden war, schon in den Anfangsjahren der Republik zerbrach. Nach der Inflation bedurften die Gewerkschaften permanent des Schutzes und der Hilfe des Staates bei Konflikten mit dem Kapital, weil ihre Position als autonome Arbeitsmarktpartei empfindlich geschwächt war. Unter dem Doppel- druck von Staats- und Wirtschaftskrise schrumpfte schließlich der Bewegungsspiel- raum der Gewerkschaften dramatisch. Gewichtet man ihre Einflußmöglichkeiten im Vergleich zu den Machteliten der Industriellen und Agrarier, so wird man sie in der Auflösungsphase der Republik als „Ohnmachtselite“ bezeichnen müssen.

Werner Bramke

Daß es einflußreiche großindustrielle Kreise gegeben hat, deren Institutionen den Na- zis sehr weit entgegenkamen, erscheint mir nicht so strittig wie die Frage, was diese bewirkten. Das weiterzuverfolgen, dürfte lohnend bleiben. Aber kaum weniger von Belang dürfte das Fragen nach dem Verhalten der mittleren und kleineren Industrie sein, schon deshalb, weil diese gegenüber den Überlegungen, welche Rolle die große Industrie, die großagrarischen Kreise und auf der anderen Seite das Kleinbürgertum sowie die Bauern in der Staatskrise gespielt haben, kaum in den Blickpunkt geraten sind. Dabei spielte die nichtmonopolistische Industrie ökonomisch eine beachtliche Rolle, was statistisch leicht zu belegen ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das sächsische Beispiel, auch mit der Absicht, bei dem Blick aufs Ganze das Gewicht einzelner Regionen nicht zu unterschätzen.

Sachsen war nicht nur das älteste, sondern auch das am weitaus dichtesten besie- delte deutsche Industrieland. Die Strukturschwäche seiner Industrie seit wenigstens 1918 lag besonders an der eindeutigen Dominanz der mittleren und kleinen Industrie, die in den 20er und 30er Jahren an Konkurrenzfähigkeit verlor. Andererseits machte der sächsische Anteil am deutschen Export von Industriewaren zwischen 25 und 40% aus, so daß das sächsische Bürgertum wenigstens im Wirtschaftsleben ein Faktor von Gewicht war. Zu glauben, daß die politische Haltung der Mehrheit des Bürgertums wegen der ökonomischen Weltoffenheit eher liberal gewesen sei, wäre verfehlt. Schon im 19. Jahrhundert war das sächsische Bürgertum traditionell überwiegend konserva- tiv eingestellt gewesen, in der Weimarer Republik sehr rechtslastig. In der November- revolution hatten Vertreter des Verbandes Sächsischer Industrieller Stinnes wegen sei-

ner Verhandlungen mit den Gewerkschaften des halben Bolschewismus verdächtigt, was so etwas wie eine Vorwegnahme des Vorwurfes des Agrarbolschewismus an Schlange-Schöningen bedeutete. Die in Sachsen auch noch in der Endphase der Republik recht starke DVP unterschied sich vielfach kaum von der DNVP und konnte z. T. – so in Leipzig – mit dieser problemlos kooperieren. Die in weiten bürgerlichen Kreisen verbreitete antirepublikanische Haltung spielte den Nazis, die im Juni bei den sächsischen Landtagswahlen 1930 nicht von ungefähr ihren ersten großen Wahlerfolg erzielten, in die Hände. Wenn der Parteigau Sachsen der NSDAP, immerhin der größte überhaupt, seit den mittzwanziger Jahren als der stabilste galt, hatte das Ursachen in einer starken allgemeinen Rechtsströmung in Konfrontation mit einer ebenfalls starken linken SPD und in nicht unbeträchtlichen finanziellen Zuwendungen von Unternehmern, um die Mutschmann, selbst Unternehmer, mit Erfolg warb. Die Mehrheit der sächsischen Industriellen ging nach 1932 nicht offen zur Naziartei über, zeigte ihr aber Sympathie – und es ist noch eine Frage, ob das der NSDAP nicht mehr nützte als Petitionen für eine Kanzlerschaft Hitlers.

Der sächsische Adel übrigens, um die Warnung von W. Zollitsch, den deutschen Adel nicht pauschal an der Elle des ostelbischen zu messen, zu unterstützen, wies gar nicht so wenige relativ liberale Vertreter auf, was Tradition hatte und mit seiner starken Einbindung in die Industrie schon seit der frühen Industrialisierung zusammenhing. Pronazistische Aktivitäten von dieser Seite her sind kaum bekannt.

Anthony J. Nicholls

Obwohl ich Henry Turners Kritik an der Vorstellung eines ‚Bündnis der Eliten‘ im großen und ganzen überzeugend fand, habe ich doch einige Schwierigkeiten mit dem Begriff ‚Bündnis‘. Was heißt ‚Bündnis‘ in dieser Hinsicht? Turner hat manchmal von ‚Verschwörung‘ gesprochen, und wir können ihm ohne weiteres zustimmen, daß eine ‚Verschwörung‘ der Eliten nicht existiert hat. Er hat aber auch von einem ‚Alignment‘ gesprochen, und ein Alignment ist weitaus bescheidener als ein Bündnis, von einer Verschwörung ganz zu schweigen. Er selbst hat die DNVP als eine Art von Bündnis beschrieben, und ich würde ihm zustimmen, aber daraus würde ich ganz andere Schlußfolgerungen ziehen. Er selbst hat – in seiner hervorragenden Darstellung der Politik von Gustav Stresemann – auf die sehr negativen Wirkungen der Anziehungskraft der DNVP auf die DVP hingewiesen. Wenn man von ‚Bündnis‘ spricht, nehme ich an, daß man auf bestimmte gemeinsame politische Ziele hinweisen will. Viele Agrarier und Industrielle wollten den Einfluß der SPD und der Gewerkschaften aus der Politik ausschalten und die parlamentarische Verfassung in autoritärem Sinne umbauen. Um diese Ziele zu verfolgen, waren viele von ihnen bereit, mit den Nazis zusammenzuarbeiten. In dieser Hinsicht sollten wir weder Hugenbergs Offensive gegen den Young-Plan noch die sogenannte Harzburger Front übersehen. Obwohl Turner sehr überzeugend bewiesen hat, daß die führenden Unternehmer in der Groß-

industrie meistens keine Bewunderer der nationalsozialistischen Bewegung waren, gibt es bei der Erforschung der industriellen Verbände ein methodologisches Problem. Ich bezweifle, ob die Meinungen der Führer dieser Verbände immer typisch für die allgemeine Meinung der Unternehmer selbst waren. Es ist verständlich, daß Vertreter der Verbände, die innerhalb des republikanischen Systems arbeiten mußten, die Eigenschaften der ‚Vernunftrepublikaner‘ ziemlich leicht übernommen haben. Eduard Hamm zum Beispiel, der von Turner erwähnt worden ist, war meines Erachtens etwas untypisch, weil er dem demokratischen Flügel des deutschen Liberalismus angehörte, einer Richtung, die in der Zeit der Staatskrise äußerst schwach geworden war.

Zuletzt möchte ich ein Wort zur Frage der Osthilfe sagen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Kleinbauern in den Ostgebieten weitaus höher verschuldet waren als die Großgrundbesitzer. Das mag sein, aber man hat sich damals nicht ohne Grund darüber beklagt, daß die Großgrundbesitzer den Löwenanteil der Osthilfe bekamen. Die Verteilung der Schulden kann deswegen nichts an den verhängnisvollen politischen und wirtschaftlichen Wirkungen der Osthilfe ändern.

Peter Krüger

Der deutsche Adel in der Weimarer Republik war in seiner Machtstellung zu sehr geschwächt und in seiner Zusammensetzung zu uneinheitlich, um als Machtelite bezeichnet zu werden. Als gesellschaftliche oder Standeselite war er höchstens innerhalb tatsächlicher Machteliten (wie des Offizierskorps der Reichswehr) oder in einer sich neu formierenden Funktionselite (wie den Diplomaten) noch von Einfluß. Der Wandel ist vor allem in der so traditionsreichen Elite der Diplomaten gut erkennbar. Unter den leitenden Beamten des auswärtigen Dienstes gab es ca. 35% Adelige, etwa ein Drittel davon ist aber erst im Kaiserreich nobilitiert worden und zeigt die teilweise Verflechtung mit großbürgerlichen Schichten. Der Verlust bestimmenden Einflusses kam in einer Art Machtprobe zum Ausdruck, als 1929 die Deutsche Adelsgenossenschaft zum Kampf gegen das politische System, gegen Stresemann und seine Außenpolitik aufrief und das Auswärtige Amt daraufhin von den Mitgliedern dieses Verbandes eine schriftliche Mißbilligung verlangte. Man kann im übrigen von der Desorientierung einer traditionellen Elite, des Adels, sprechen, die in einer fragmentierten, starken Wandlungen unterworfenen Gesellschaft keinen klar umrissenen neuen Standort fand. Besondere Bedeutung hatten Adelige allerdings unter den Großgrundbesitzern; sie bereiteten den Diplomaten in der Handelspolitik immer größere Schwierigkeiten und führten so die Auseinandersetzung mit der Industriegesellschaft auch auf außenpolitischem Gebiet, ganz abgesehen von ihrem steigenden innenpolitischen Einfluß.

Gerald D. Feldman

Mit Bezug auf Herrn Petzolds Argumente kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß unsere Kollegen aus der ehemaligen DDR, die, obwohl sie von ihrer Behauptung abrücken, sie hätten eine rauchende Kanone gefunden, weiterhin nach einer Art rauchender Pistole suchen. Dies ist mit Sicherheit ein Schritt nach vorne. Ich möchte zugleich betonen, daß ein großer Teil der historischen Wissenschaft in der DDR bereits eine ganze Weile vor dem Abbruch der Mauer differenzierter geworden war und in weniger hohem Maße als zuvor der Orthodoxie unterlag. Trotzdem kann die Suche nach den rauchenden Pistolen – einige davon sind in meinem eigenen Beitrag zu finden – nur frustrierend sein, da aus diesen Pistolen fast immer wild in die Luft gefeuert wurde, freilich in einer gewissen anti-demokratischen, gleichwohl nicht unbedingt Pro-NS-Richtung. Zu erklären sind noch Motive, Intentionen und Kalkulationen, und hier wird es immer unterschiedliche Interpretationen geben. Nicht ein einziges Dokument, keine einzige Quellenreihe wird uns von einer diesbezüglichen und anhaltenden Debatte entlasten. Chaos kennzeichnete die Rechte, und die Interessengruppen waren zersplittert. Das Potential für eine demokratische Lösung hatte man vernichtet, und aufgrund dieser Tatsache war die Pistolensalve fatal.

Joachim Petzold

Bevor ich eine bereits vor drei Jahren in Berlin geführte Diskussion – zum Teil mit den gleichen Argumenten – fortsetze, möchte ich mich ausdrücklich für die Fairneß des Kollegen Turner bedanken. Obwohl er weiß, daß ich seinen grundsätzlichen Standpunkt – die Großindustrie habe bei der Berufung Hitlers keine oder eine viel geringere Rolle als bisher angenommen gespielt – nicht teile, hat er versucht, mir den Zugang zu Konzernarchiven zu öffnen, der mir bisher verwehrt wurde. Durch meine Arbeit an einer Papen-Biographie kann ich auch bestätigen, daß Papen der eigentliche Vertrauensmann zumindest der Ruhrindustriellen war. Da er jedoch wie kein anderer im Januar 1933 Hitler an die Regierung gebracht hat und da er schon – was erst in letzter Zeit im vollen Umfang bekannt wurde – die Novemberpetition für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler Hindenburg mundgerecht gemacht hatte, bliebe nur der unwahrscheinliche Schluß übrig, er habe die bewußt getäuscht, die ihm Vertrauen schenkten. Es ist jedoch aktenkundig, daß gerade die fünf politisch engagiertesten Mitglieder der zwölköpfigen Ruhrlade-Vereinigung seine Politik billigten. Fritz Thyssen hat ohnehin die Novemberpetition unterschrieben. Silverberg wäre nach Neebe dazu bereit gewesen. Vögler ließ wissen, daß Reusch und Springorum „an und für sich die in dem Schreiben niedergelegte Auffassung teilen und nur darin eine wirkliche Lösung aus der jetzigen Krise sehen“. Wenn man trotzdem die Eingabe nicht unterschrieben habe, so hauptsächlich aus der Absicht heraus, „politisch nicht hervortreten“ zu wollen. Ich kann daher nicht die These des Kollegen Turner akzeptieren: „The really important figures in big business remained unwilling to advocate Hitler’s

appointment to the chancellorship in November.“ (Englische Originalausgabe seines Buches „German Big Business and the Rise of Hitler“, S. 303.) Angesichts der Stellungnahmen im November und der Geheimnistuerei im Januar verwundert mich nicht, daß ähnliche deutliche Erklärungen zu Beginn des Jahres 1933 fehlen. Nach der Unterredung mit Hitler im Hause des Bankiers Schröder wußte man Papen auf dem gewünschten Wege. Schließlich vermag ich gerade im Falle Reusch, Vögler, Springorum und Silverberg nicht die Auffassung zu teilen, diese Großindustriellen wären politisch uninformiert gewesen und am 30. Januar 1933 überrascht worden. Ich finde, sie waren – wie maßgebliche Vertreter anderer Eliten auch – recht zufrieden mit dem, was ihr Vertrauensmann Papen zustande gebracht hatte, und nahmen vorübergehend sogar Hugenberg in Kauf.

Ian Kershaw

Herr John behauptet, daß der Beweis für einen größeren Einfluß der Agrarier als der Industriellen auf die politischen Entscheidungen der Präsidialkabinette nicht vorhanden sei. Dennoch scheint, wie ja Herr Turner und Herr Zollitsch argumentiert haben, bei den bedeutendsten politischen Entscheidungen, d.h. bei den Regierungswechseln – u.a. bei dem Sturz Brünings und bei der Machtzulassung Hitlers –, die Rolle der Agrarier ausschlaggebend gewesen zu sein. Man darf hier allerdings fragen – analog zu Herrn Turners Untersuchung über das Verhalten der Großindustriellen –, welche Junker hervortraten, so daß man zu einem differenzierteren Bild von dem Verhalten der Agrarelite gelangen könnte.

Vor allem haben die drei Referate die These der fragmentierten Eliten bestätigt. Nicht Geschlossenheit, sondern Fragmentierung, nicht Stärke, sondern Schwäche kennzeichnete die deutschen Eliten während der Staatskrise. Die Fragmentierung steht in Kontrast zu den relativ geschlossenen Eliten Großbritanniens und Frankreichs, wo Regierungsinstabilität – chronisch in Frankreich – zu keiner eigentlichen Staatskrise führte und wo die Eliten schließlich hinter einer konservativen Lösung standen. Die Unfähigkeit der deutschen Elite, eine lebensfähige autoritäre Lösung zu schaffen, stellte die Bedingung dar, in der Hitler als Verlegenheitslösung an die Macht gebracht werden konnte.

Jürgen John

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken und vor allem für die bedenkenswerten Hinweise und Einwände bedanken. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Beurteilung der politischen Rolle der Großindustrie in der Weimarer Staatskrise sind deutlich geworden. Das dürfte wichtig und anregend für weitere Diskussionen und Forschungen sein. Doch sollten Sachdifferenzen möglichst nicht auf die weltanschauliche Ebene gehoben werden. Aus der

Diskussion dieser Sektion scheinen mir vor allem folgende Fragenkomplexe für das von mir behandelte Thema wichtig zu sein.

Völlig zu Recht ist auf die Notwendigkeit der Unterscheidung von gesellschaftlichen Eliten einerseits sowie Macht- und Funktionseliten andererseits hingewiesen worden. Ich kann dem nur zustimmen. Auf die ebenfalls zu Recht betonte Notwendigkeit, stärker als bisher regionale Industriellengruppen zu untersuchen, bin ich in meinem schriftlich eingereichten Referat relativ ausführlich eingegangen. Deshalb habe ich diese Frage in meinen kurzen einleitenden Bemerkungen nicht noch einmal aufgegriffen. Ich möchte die im Referat enthaltene Aussage noch einmal wiederholen, daß ich aus eigener Quellenkenntnis des thüringisch-sächsischen Raumes die deutlich stärkere Affinität wirtschaftlich benachteiligter regionaler Industriellengruppen zu rechtskonservativen und nationalsozialistischen Ideologie- und Politikkonzepten bestätigen kann. Ich habe dies auch in einigen Publikationen dargelegt. Der weiteren Diskussion scheint mir vor allem die Frage der „fragmentierten Eliten“ zu bedürfen. Ich hoffe, nicht mißverstanden worden zu sein. Keinesfalls bestreite ich die Differenzen, Interessengegensätze und Spaltungen im Industriellenlager. Auch darauf bin ich in meinen schriftlichen Darlegungen relativ ausführlich eingegangen. Die Frage ist aber, ob die stets – wenn auch in unterschiedlichem Grade – zu beobachtende „gespaltene Industriefront“ die industriellen Führungsschichten am politischen Handeln hinderte. Mehr als dies scheinen mir der Zwang zum Ausgleich und die Notwendigkeit, entgegengesetzte Positionen zurückzudrängen, die politische Entschlußkraft und die Durchsetzungsfähigkeit verstärkt zu haben. Die politische Rolle der industriellen Spitzenverbände beruhte geradezu auf dieser Funktion und den sich daraus ergebenden Richtlinienkompetenzen. Zumindest scheint es mir einseitig und kurzschlüssig zu sein, von „fragmentierten Eliten“ auf „politische Ohnmacht“ zu schließen. Selbst das angeführte Beispiel der Gegensätze in der Frage weiterer Arbeitsgemeinschaftspolitik 1930 zeigt doch, daß sich dabei sehr wohl eine eindeutige Linie durchsetzte, die Gewerkschaften mit Hilfe dieser Politik auf den Brüning-Kurs festzulegen. Daß dies scheiterte, lag an der Haltung der Gewerkschaften, die sich darauf nicht einließen. Bei der Beurteilung des Verhältnisses von Agrariern und Industriellen – dies als letzte Bemerkung – sollte man nicht nur die genannten besonderen Situationen heranziehen. Insgesamt scheint mir doch – von dem Silverbergplan einer Osthilfe zu industriell diktierten Bedingungen angefangen – eine deutliche industrielle Dominanz feststellbar zu sein.